
Detlef Schmiechen-Ackermann

Nationalsozialismus und proletarische Quartiersmilieus. Anpassungs- und Verweigerungsverhalten in großstädtischen Arbeitervierteln

1. Kontext und Untersuchungsrahmen

Auf welchen Wegen konnten die Nationalsozialisten in die gewachsenen Sozialmilieus der sozialistischen und der katholischen Arbeiterschaft eindringen und in welchem Maße und durch welche Instrumente wurden diese Milieubindungen während der NS-Zeit zersetzt – dies sind die Leitfragen einer wesentlich breiter angelegten Untersuchung¹, auf deren Basis hier ausgewählte Teilaspekte zur Rezeption des Nationalsozialismus in großstädtischen Arbeitervierteln vorgestellt werden. Angesichts der verbreiteten terminologischen Unsicherheiten und Definitionsprobleme werden zunächst einige Begriffsklärungen vorangestellt.

2. Vorüberlegungen und Definitionen

1. Bei der Verwendung des Milieubegriffes orientiere ich mich an dem von Rainer M. Lepsius vorgeschlagenen Idealtypus des „sozial-moralischen Milieus“, der sowohl auf objektive Kategorien (wie wirtschaftliche Lage und Schichtenzugehörigkeit), als auch auf subjektive Faktoren (wie kulturelle Orientierung und die Bedeutung regionaler Traditionen) rekurriert.

2. Im Mittelpunkt der Untersuchung steht das „sozialistische Milieu“. Dies meint in Erweiterung des von Lepsius eingeführten Modells den auch in den dreißiger Jahren noch in weiten Bereichen durch gemeinsame Traditionen, Deutungsmuster und Einstellungen sowie durch alltägliche Erfahrungen im Betrieb, im Wohnviertel, in den Milieureinen vermittelten Lebenszusammenhang derjenigen Menschen, die sich vor 1933 der Arbeiterbewegung zugehörig fühlten und eine der linken Arbeiterparteien wählten. Bewußt schließt diese Definition also sowohl aktive Sozialdemo-

1 D. Schmiechen-Ackermann, Nationalsozialismus und Arbeitermilieus. Der nationalsozialistische Angriff auf die proletarischen Wohnquartiere und die Reaktion in den sozialistischen Vereinen, Bonn 1998. Aufgrund des äußerst begrenzten Raumes mußte in dieser knappen Skizze auf umfangreichere Nachweise und Belege verzichtet werden. Sie sind der oben genannten Untersuchung zu entnehmen, die überdies auch zahlreiche Schaubilder enthält, die die hier vorgetragene Argumentation verdeutlichen. Schließlich wurde der dem seinerzeit gehaltenen Vortrag eigene Charakter eines Werkstatt-Berichtes bewußt beibehalten.

kraten und Kommunisten als auch parteipolitisch unorganisierte Arbeiter und Arbeiterinnen ein, sofern diese in die Kommunikations- und Organisationsstruktur der sozialistischen Arbeiterbewegung eingebunden waren.

3. Es wird vorausgesetzt, daß sich dieses „sozialistische Milieu“ analytisch in drei Erscheinungsebenen zerlegen² und damit operationalisieren läßt: in betrieblich-gewerkschaftliche Milieus, in Arbeitervereins-Milieus und in Quartiersmilieus, wobei im Rahmen dieser Skizze die letzteren in den Blickpunkt gerückt werden.

4. Ergänzend ist auf die Unterscheidung von Mikro- und Makroebene zu verweisen: „Makromilieus“ sind durch einen „ähnlichen Lebensstil“ bei „ganz unterschiedlichen Kontaktkreisen“ charakterisiert, „Mikromilieus“ werden dagegen durch „unmittelbare persönliche Kontakte“ konstituiert.³ Die Kategorie des Milieus ist demnach theoretisch auf der Makroebene zu konzipieren, wird de facto aber empirisch fast immer nur auf der Mikroebene zu untersuchen sein.

5. Es wird festgelegt, daß die Charakterisierung eines Milieus als „proletarisch“ in der Tradition von Götz Briefs⁴ allein als beschreibende Kategorie im Hinblick auf die soziale Lage zu verstehen ist, nicht aber zur systematischen Differenzierung unterschiedlicher „sozial-moralischer Milieus“ dienen kann. „Proletarische“ Lebenslagen gab es auch im konservativ-agrarischen Milieu Ostelbiens oder im schichtenübergreifenden katholischen Sozialmilieu. Die bisweilen vorgenommene Gleichsetzung von „proletarischen Milieus“ mit „sozialistischen Milieus“ wird daher als irreführend und mißverständlich abgelehnt.

6. Als „Arbeiterquartiere“ oder „Arbeiterviertel“ werden zunächst ganz unspezifisch alle Wohnquartiere verstanden, die sich im Verlauf der Urbanisierung durch den Prozeß der Segregation zu bevorzugten Wohngebieten der handarbeitenden Unterschichten entwickelt haben. Dabei kann es sich sowohl um Altstadtgebiete älterer Herkunft als auch um seit dem Kaiserreich neu erbaute Mietshausviertel handeln.

7. Der soziale Raum der Großstadt wird auf der administrativen Ebene in meist auch kommunalpolitisch relevante, mindestens aber für statistische und planerische Zwecke formal gebildete Bezirke aufgegliedert. Demgegenüber betonen die Termini „Stadtteil“ oder – hier synonym verwandt – „Stadtviertel“ stärker die auf Distinktion basierende Wahrnehmung eines

2 Vgl. A. v. Saldern, Sozialmilieus und der Aufstieg des Nationalsozialismus in Norddeutschland (1930-1933), in: F. Bajohr (Hrsg.), Norddeutschland im Nationalsozialismus, S. 22.

3 Vgl. S. Hradil, Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft. Von Klassen und Schichten zu Lagen und Milieus, Opladen 1987.

4 G. Briefs, Das gewerbliche Proletariat, in: Grundriß der Sozialökonomik, 9. Abt., 1. Teil, S. 142-240, Tübingen 1926.

abgegrenzten Teilbereiches der Stadt durch ihre Bewohner. Ein Stadtteil kann identisch mit einem statistischen Bezirk sein, ein solcher Bezirk aber auch aus mehreren Stadtteilen oder ein Stadtteil aus mehreren statistischen Bezirken bestehen. Das „Quartier“ (in Berlin der vielbeschworene „Kiez“) ist demgegenüber kleinräumiger definiert und gleichzeitig noch stärker durch die subjektive Identifikation der Bewohner mit ihrem unmittelbaren Wohnumfeld und ein relativ homogenes soziokulturelles Milieu gekennzeichnet.

8. Wenn „Milieu“ im folgenden als eine keineswegs trennscharfe, aber innovative Forschungsperspektiven eröffnende analytische Kategorie mittlerer Reichweite verwendet wird, die es ermöglicht, objektive Strukturdaten und subjektive Wahrnehmungsstrukturen miteinander zu kombinieren, dann ergibt sich hieraus, daß die zu untersuchenden Quartiersmilieus nicht nur nach objektiven Befunden zu differenzieren sein müssen, sondern vor allem auch in der Selbstwahrnehmung der Bewohner als distinktive Kategorie rezipiert werden mußten.

3. Anpassungs- und Verweigerungsverhalten in unterschiedlichen großstädtischen Quartiersmilieus – empirische Befunde und Thesen

3.1. Soziale Segregation und Politische Fragmentierung als wichtige Rahmenbedingungen

Die deutschen Großstädte der zwanziger und dreißiger Jahre waren tendenziell durch eine soziale Segregation und eine noch deutlicher ausgeprägte politische Fragmentierung charakterisiert. Zugespitzt läßt sich formulieren: Im eben definierten weiten Sinne „sozialistisch“ dominierte Arbeiterquartiere standen „bürgerlich-nationalen“ Hochburgen gegenüber, die in sozialer Hinsicht stark von den Mittelschichten bestimmt waren. Belegen läßt sich diese These an einer Vielzahl von Fallbeispielen, aus denen hier exemplarisch Duisburg als ein ausgesprochenes Industriezentrum mit gemischter konfessioneller Struktur herausgegriffen wird.⁵ Im ersten Schritt werden für zwei der fünf Duisburger Stadtteile die vorliegenden Sozial- und Wahldaten verglichen: Im sprichwörtlich „roten“ Hamborn stellten Mitte der dreißiger Jahre ungelernete und gelernte Arbeiter sowie Bergleute und abhängig im Handwerk Beschäftigte 82 Prozent der Erwerbspersonen, während Angestellte, Beamte und Selbständige zusammen nur 17 Prozent ausmachten. Ein deutlich anderes Bild bot sich im sozial gemischten Duisburg-Mitte, wo immerhin 43 Prozent der Erwerbspersonen zu den Mittelschichten zu zählen waren. Diese prägnante Differenz reproduzierte sich in modifizierter Form auch in den politischen Präferenzen: In

5 Ähnliche Befunde ließen sich beispielsweise auch für Essen, Bremen, Stuttgart, München und Hannover beibringen.

Hamborn erreichten die beiden linken Arbeiterparteien KPD und SPD – man muß hinzufügen: vor dem Hintergrund einer für die katholische Arbeiterschaft alternativen Option für die Zentrumspartei und einer in Duisburg pointiert als „Arbeiterpartei“ auftretenden NSDAP – bei der Reichstagswahl 1930 gemeinsam immerhin 50 Prozent der Stimmen gegenüber nur 29 Prozent in Duisburg-Mitte. Reduziert man die Aggregathöhe und nimmt nicht ganze Stadtteile sondern zwei der insgesamt 30 statistischen Bezirke in den Blick, so tritt die politische Fragmentierung noch wesentlich deutlicher hervor: In Obermarxloh, einem besonders proletarischen Teil Hamborns, erzielten bei derselben Wahl KPD und SPD gemeinsam 64 Prozent der Stimmen, während sich das Zentrum und die rechtsbürgerlichen Parteien mit jeweils zwölf Prozent, die NSDAP mit knapp zehn Prozent begnügen mußten. Im südlichen Teil des Stadtzentrums, dem „bürgerlichen“ Dellviertel, erreichten dagegen die beiden linken Arbeiterparteien zusammen nur 22 Prozent, während das Zentrum mit 27 Prozent, die NSDAP mit 25 Prozent und die rechtsbürgerlichen Parteien mit 26 Prozent jeweils weit überdurchschnittliche Ergebnisse erzielten.

Wie fast jedes analytische Denkmodell, so ist auch die soeben entwickelte und illustrierte These der sozialen Segregation und der politischen Fragmentierung in den deutschen Großstädten der dreißiger Jahre mit Blick auf abweichende Entwicklungen zu modifizieren. Insofern kommt der von Thomas Adam vorgelegten Untersuchung eine wichtige Bedeutung zu, da es ihm am Leipziger Fallbeispiel gelingt, ein deutlich geringeres Maß an sozialer Segregation nachzuweisen und damit die Frage aufzuwerfen, ob als „Arbeiterviertel“ wahrgenommene Stadtteile wie Plagwitz, Schönefeld, Neuschönefeld und Neustadt mit einem Anteil von jeweils weniger als 60 Prozent Arbeitern an der erwerbstätigen Wohnbevölkerung tatsächlich als „Arbeiterviertel“ zu qualifizieren sind.⁶ Mit ähnlicher Brisanz kann diese Frage auch für Berlin gestellt werden, wo 1933 selbst im Wedding und in Neukölln soziologisch nur gut 50 Prozent der Wohnbevölkerung zur Arbeiterschaft zu zählen waren. Gleichwohl würde kaum jemand bestreiten, daß das von Heinrich Zille immer wieder porträtierte „Miljöh“ der tristen Mietskasernenhöfe geradezu zum Inbegriff des proletarischen Wohnens geworden ist. Sozialstatistisch stellten freilich die unterprivilegierten Bezirke des Berliner Nordens und Ostens keineswegs klassische „Arbeiterviertel“ dar, sie sind weit treffender als gemischte Wohnquartiere der kleinen Leute zu qualifizieren⁷, zu denen neben den Arbeitern eben auch die unteren Gruppen der Angestellten- und Beamten-

6 T. Adam, Arbeitermilieu und sozialdemokratisch orientierte Arbeiterbewegung in einer Großstadt – Das Beispiel Leipzig (Diss.), Leipzig 1997, S. 41 ff.

7 Zu den Wurzeln dieser Entwicklung: B. Grzywatz, Stadt, Verstädterung und Vorortbildung. Zur sozialräumlichen Entwicklung Berlins im 19. Jahrhundert, in: Die alte Stadt 3/1997, S. 185-221.

schaft sowie die vielfach durch existentielle Nöte lavierenden kleinen Händler und Gewerbetreibenden zählten. Ein proletarisches Sozialmilieu, so die nunmehr auch empirisch untermauerte Bestätigung der eingangs angestellten Vorüberlegung, kann also nicht allein aus einer hohen sozialstatistischen Zugehörigkeit der Bewohner zur Arbeiterschaft bestimmt werden, vielmehr muß es auf der Basis einer erweiterten Perspektive sowohl aus der objektiven sozialen Lage einer Mehrheit der Quartiersbewohner und gleichzeitig auch aus dem subjektiven Selbstbild und der hiermit in engem Zusammenhang stehenden Quartiersidentität abgeleitet werden.

Gleichwohl ist festzuhalten, daß in den nachhaltig sozialistisch dominierten Mietshausvierteln von Hannover-Linden oder Bremen-Gröpelingen, im proletarischen Münchener Westend, aber auch in den Zehensiedlungen des Ruhrgebietes die Sozialstruktur der Bevölkerung und in der Folge dann auch das jeweilige Quartiersmilieu in der Tat erheblich homogener waren als in den bekannten Berliner Arbeiterbezirken und anscheinend auch in den als proletarisch geltenden Leipziger Wohnvierteln. Für Berlin ist in diesem Zusammenhang vor allem auf den besonderen Charakter der typischen Mietskasernen zu verweisen, die in aller Regel eine klare interne soziale Gliederung aufwiesen. Im Vorderhaus wohnten besser gestellte Familien, wobei sich die Wohnungen des ersten und zweiten Stockwerks besonderer Beliebtheit erfreuten. Die schlechter gestellten proletarischen Familien bevölkerten dagegen die Hinterhöfe und Kellerwohnungen. Soziale Gliederungen existierten also in jedem Falle, sei es in Form der stärker ins Auge fallenden sozialräumlichen Segregation in abgegrenzten Wohnbereichen oder einer sehr feingliedrigen sozialen Hierarchie innerhalb eines Wohnblocks. Schließlich ist zu fragen, ob es angesichts erheblicher Probleme bei der Zuordnung vieler nicht eindeutiger Berufsangaben in den zur Verfügung stehenden Quellen überhaupt eine „objektive Marke“ geben kann, mit der ein „Arbeiterviertel“ verbindlich definiert wird. Wäre diese Marke dann bei 60 Prozent anzusetzen, wie Thomas Adam argumentiert, oder vielleicht bei 50 Prozent, wie die Berliner Statistik annimmt?⁸

3.2. Kompatible Wahrnehmungsstrukturen der Konfliktpartner

Die prägnante soziale und politische Gliederung des großstädtischen Sozialraums wurde in der Endphase der Weimarer Republik sowohl von der politischen Linken wie von der Rechten, von „antifaschistisch“ eingestellten Arbeitern wie von verschreckten Bürgern übereinstimmend als eine dichotomische Spaltung wahrgenommen und interpretiert: hier die traditionell „national“ und dann in zunehmendem Maße schließlich nationalso-

8 Vgl. B. Grzywatz, Arbeit und Bevölkerung im Berlin der Weimarer Zeit, Berlin 1988; O. Büsch/W. Haus, Berlin als Hauptstadt der Weimarer Republik 1919–1933, Berlin 1987.

zialistisch geprägten bürgerlichen Wohnviertel – dort die meist sozialistisch (in einigen Fällen auch katholisch) dominierten proletarischen Quartiersmilieus. Älteren Traditionen symbolischer Politik in Arbeiterquartieren folgend⁹ wurde die politische Auseinandersetzung in den späten zwanziger und den frühen dreißiger Jahren in hohem Maße als gewaltsamer Kampf um die Straße und damit um die Kontrolle der Quartiersöffentlichkeit ausgetragen. Beispielhaft sei hier auf die zu Jahresbeginn 1933 in Hannover ausgetragenen Straßenkämpfe verwiesen: Nach einem am 8. Januar unter Polizeischutz durchgeführten Propagandamarsch von rund 3000 SA- und SS-Leuten durch die Lindener Arbeiterquartiere, das Stadtzentrum und die „bürgerliche“ Oststadt jubelte das Lokalblatt der NSDAP, diese bewußt provokante Demonstration habe „dem roten Mob in Linden bewiesen, daß wir keine Angst haben, und daß die Straßen im roten Linden auch für uns, für unsere Braunhemden da sind. Wer will, kann sich an den braunen Bataillonen die Zähne ausbeißen, wir halten den einmal gewonnenen Boden fest und werden niemals weichen.“¹⁰ Als Reaktion auf diese Nazi-Offensive verbreitete der kommunistische Kampf Bund gegen den Faschismus Mitte Januar 1933 ein Flugblatt in Linden, mit dem aufgefordert wurde, „die Faschisten aus den Wohnvierteln“ zu vertreiben. Nach einem in der ersten Februarwoche durchgeführten Überfall von auswärtigen SA-Leuten auf ein Lindener KPD-Lokal spekulierte die lokale Tageszeitung der SPD, „was ... Kommunisten oder Sozialdemokraten passieren würde, wenn sie sich in Trupps von 50 oder 60 Personen in der Gartenstadt Kleefeld aufhalten wollten und dort die Häuser der reichen Leute belagerten, um aus- und eingehende Personen blutig zu schlagen.“¹¹ Trennscharfe Distinktion und feingliedrige Markierung des städtischen Sozialraumes in eigenes und fremdes, „feindliches“ Terrain beherrschte bei allen am Straßenkampf beteiligten oder von ihm betroffenen Konfliktpartnern die Wahrnehmung.

3.3. Anfälligkeit und relative Resistenz gegenüber dem Nationalsozialismus in unterschiedlich strukturierten Arbeitervierteln – das Fallbeispiel Hannover

Die tendenziell in allen Großstädten vorhandene soziale und politische Polarisierung in den einzelnen Wohnvierteln bestimmte in hohem Maße die Ausbreitung der NS-Bewegung im sozialen Gelände der Großstadt.

9 S. Bleek, Quartierbildung in der Modernisierung. Das Münchener Westend 1890–1933, München 1991, S. 258; T. Lindenberger, Straßenpolitik. Zur Sozialgeschichte der öffentlichen Ordnung in Berlin 1900 bis 1914, Bonn 1995; B. J. Warneken (Hrsg.), Massenmedium Straße. Zur Kulturgeschichte der Demonstration, Frankfurt a. M. u.a. 1991; T. Balistier, Gewalt und Ordnung. Kalkül und Faszination der SA, Münster 1989.

10 Niedersächsische Tageszeitung vom 9.1.1933.

11 Volkswille vom 8.2.1933.

Am Fallbeispiel Hannover, das nach der Auswertung des empirischen Materials stellvertretend auch für etliche andere protestantische Großstädte stehen kann, wird im folgenden den Vorstoß der Nationalsozialisten in die proletarischen Viertel und die „Eroberung“ dieser Quartiere skizziert. Dabei werden drei unterschiedliche Typen von – im weiten und daher unspezifischen Sinne – „Arbeitsvierteln“ in den Mittelpunkt gestellt: ein relativ homogenes klassisches Industriearbeiterviertel mit einem stabilen, sozialistisch dominierten Quartiersmilieu (Linden-Nord), ein „Kleine-Leute-Viertel“ mit relativ gemischten sozialen Strukturen und politischen Präferenzen (Nordstadt) sowie ein marginalisiertes Unterschichtenquartier mit einem ausgeprägten Trend zur politischen Radikalisierung (Altstadt). Strukturell anders gelagerte Fallbeispiele, wie etwa das noch bäuerlich geprägte Dorf am Rande der Stadt, die industrielle Werkskolonie, die größere, in sich geschlossene Genossenschafts- oder Stadtrandsiedlung, der industriell geprägte Vorort usw., können im Rahmen dieser knappen Skizze nicht behandelt werden.

Als wichtige Rahmenbedingung ist zunächst festzuhalten, daß die interne politische Fragmentierung in Hannover als einer Großstadt mit einer vergleichsweise gemischten Wirtschaftsstruktur auffallend deutlich ausfiel: In der westlich der Leine gelegenen Arbeiterstadt Groß-Linden sowie in ihren ebenfalls überwiegend proletarischen Vororten dominierten durchgängig die beiden linken Arbeiterparteien, während NSDAP und Deutschnationale in den östlich der Innenstadt gelegenen Wohnvierteln, in denen der Anteil der Angestellten, Beamten und Selbständigen besonders hoch lag, ihre Zweidrittelmehrheiten errangen. Im hannoverschen Stadtgebiet existierten in der Endphase der Weimarer Republik nur noch sehr wenige Wahlbezirke, in denen nicht entweder KPD/SPD oder NSDAP/DNVP zusammen über 60 Prozent der Stimmen erreichten.

Da aggregierte Sozialdaten in Hannover weder für ganze Stadtteile noch für die statistischen Bezirke überliefert sind, muß eine annäherungsweise Rekonstruktion der Sozialstruktur für die gewählten Fallbeispiele über den Umweg der Auswertung von Berufsangaben der Haushaltsvorstände in den Adreßbüchern¹² vorgenommen werden. Dieses Manko wird freilich zumindest teilweise dadurch ausgeglichen, daß im Zuge einer solchen Analyse die Komplexität der Aggregatdaten reduziert werden kann. Mit den Stimmbezirken werden erheblich kleinere räumliche Einheiten zugrunde gelegt. So wird es möglich, Sozialstruktur und konkretes Wahlverhalten im Kiez, im eng umrissenen Wohnquartier, direkt aufeinander zu beziehen. Eine ausgeprägte „linke“ Hochburg stellte der Stimmbezirk 223 in Linden-Nord dar, der mit der Elisen- und der Kochstraße eine proletarische Wohn-

12 Zum Adreßbuch als sozialhistorischer Quelle: H. Zwahr, Das deutsche Stadtadreßbuch als orts- und sozialgeschichtliche Quelle, in: Jahrbuch für Regionalgeschichte 3 (1968), S. 204-229.

gend umfaßte¹³, die als ausgesprochen „schlechte Adresse“ stadtbekannt war. Die unteren Gruppen der Arbeiterschaft waren in diesem Mikromilieu stärker vertreten als Facharbeiterfamilien. Immerhin war aber auch ein knappes Viertel der Bewohner nach der Berufszugehörigkeit der Haushaltsvorstände zu den Mittelschichten zu zählen. In diesem Lindener Stimmbezirk erzielten SPD und KPD bei der Novemberwahl 1932 zusammen 87 Prozent, wobei die SPD trotz erheblicher Stimmenverluste immer noch die absolute Mehrheit hielt. Nationalsozialisten lebten, wie auch Zeitzeugen immer wieder übereinstimmend bestätigen, in diesem sozialistisch dominierten Quartiersmilieu bis zur Machtergreifung wie in Feindesland. Da wurden Fensterscheiben bei politisch mißliebigen Nachbarn eingeworfen oder das in diesem Viertel als unerhörte Provokation aufgefaßte Tragen einer SA-Uniform mit Prügeln abgestraft. Die NSDAP arbeitete sich bis zur Märzwahl 1933 nur mühsam auf einen Stimmenanteil von zehn Prozent hoch, die bürgerlichen Parteien blieben in den meisten Wahllokalen unter der Einprozentmarke. In den Wohnblocks rund um die St. Bennokirche und die Konfessionsschule veränderte zudem ein relativ hoher Anteil katholischer Bewohner zwar nicht die Sozialstruktur, wohl aber das Wahlverhalten, so daß hier die Zentrumsparterie eine gewisse Bedeutung gewinnen konnte.

Diametral entgegengesetzt ist der Befund für den in der Südstadt gelegenen Stimmbezirk 79, der fünf Straßen mit nach 1910 errichteten Wohnblöcken gehobener Qualität umfaßte. Hier waren neun von zehn Haushalten zu den Mittelschichten zu zählen, wobei die Haushaltsvorstände besonders häufig als kaufmännische Angestellte oder als Post-, Bahn- oder andere Verwaltungsbeamte tätig waren. Bei der als Meßlatte gewählten Reichstagswahl vom November 1932 erzielte die NSDAP in diesem „kleinbürgerlich“ geprägten Quartiersmilieu mit 55 Prozent aus eigener Kraft die absolute Mehrheit. Hinzu kamen noch einmal 18 Prozent für die Deutschnationalen, die damit ihren stadtweiten Durchschnitt von acht Prozent weit übertrafen. So kann es nicht verwundern, daß hier die SPD mit 15 Prozent und die KPD mit 1,8 Prozent nur Randerscheinungen darstellten.

Ähnlich prononcierte Sozialdaten und Wahlergebnisse ließen sich auch für einige benachbarte Stimmbezirke in diesen beiden Wohnquartieren nachweisen. Flächendeckend erzielten SPD und KPD gemeinsam bei der Reichstagswahl 1930 in Linden-Nord durchschnittlich 72 Prozent der Stimmen, während sie sich, abgesehen von sechs „Ausreißern“, in den 36 Südstädter Wahllokalen zwischen 15 und 35 Prozent bewegten. In deutlichem Kontrast hierzu erreichten NSDAP und DNVP zusammen in Linden-

13 Zum Lindener Arbeitermilieu vgl. auch H. Rosenbaum, *Proletarische Familien. Arbeiterfamilien und Arbeiterväter im frühen 20. Jahrhundert zwischen traditioneller, sozialdemokratischer und kleinbürgerlicher Orientierung*, Frankfurt a. M. 1992, S. 34ff.

Nord durchschnittlich nur 20 Prozent der Stimmen, während sie in der Südstadt durch die Bank deutliche absolute Mehrheiten erzielten. Wurden mit den bisherigen Beispielen die Extrempunkte markiert, so geht es im nächsten Schritt um eine weitere Differenzierung, für die mit der hannoverschen Nordstadt und der Altstadt zwei anders strukturierte „Arbeiterviertel“ betrachtet werden.

Im Zuge von Industrialisierung und Urbanisierung hatte sich die nördliche Vorstadt Hannovers zu einem recht heterogenen, mit den treffenden Worten eines Zeitzeugen aber im Grundzug „relativ ärmlichen Viertel“ entwickelt. Ein für etliche Straßen charakteristisches städtebauliches Element bildeten ein- oder zweigeschossige, häufig von Handwerksmeistern mit einfachen Mitteln errichtete Häuser, auf deren Hinterhöfen Werkstätten, Schlachtküchen, Backstuben und andere Nebengebäude untergebracht waren. Die über den Eigenbedarf hinaus verfügbaren Wohnungen wurden häufig genutzt, um Verwandten eine Bleibe zu verschaffen. Familiäre Bindungen spielten für die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts intensive Zuwanderung aus dem hannoverschen Umland sowie dem Eichsfeld, dem Harz und Harzvorland eine wichtige Rolle. Neben einigen Straßenzügen mit sehr einfachen Wohnungen, die von bürgerlichen Betrachtern als „Kommunequartier“ stigmatisiert wurden, entstanden aber auch Baugenossenschaftshäuser von gehobener Qualität, betont gutbürgerliche Mietshäuser und in einer bevorzugten Lage des Viertels sogar einige Villen. Zudem gehörten aufgrund der Kasernen auch Soldaten und Offiziere zum Erscheinungsbild der Nordstadt. Wie Interviews mit Zeitzeugen verdeutlicht haben, kannten und kennen „geborene“ Nordstädter übrigens sehr genau die „feinen Unterschiede“, die prägnanten sozialen Trennlinien innerhalb ihres Viertels.¹⁴

Politisch motivierte gewaltsame Auseinandersetzungen waren in der Nordstadt seit 1931 an der Tagesordnung. Von einem SA-Sturmlokal aus, das als vorgeschobener Kampfposten fungierte, wurden regelmäßig Überfälle in die benachbarten Arbeiterstraßen unternommen, wo zuvor die kommunistischen Kampforganisationen den Ton angegeben hatten. Eine auf den Stadtteil bezogene Wahlanalyse ergibt, daß es sich bei der Nordstadt um ein Wohnviertel handelt, in dem sich ursprünglich die SPD in einer deutlichen Mehrheitsposition befand, aber seit den späten zwanziger Jahren in erheblichem Maße Stimmen sowohl an die KPD als auch an die NSDAP abgeben mußte. Hochgerechnet auf den ganzen Stadtteil hatte die NSDAP die SPD schon in November 1932 fast eingeholt. Als Charakteristikum bleibt festzuhalten, daß der seit 1931 spürbare Aufstieg der NS-

¹⁴ Neben den Interviews aus dem Forschungsprojekt „Widerstand in Hannover“ vgl. hierzu auch B. Dettmer, „Ich kann ihnen nicht viel erzählen, ich wohne hier erst 40 Jahre...“ oder: Eingeborene in einem deutschen Einwandererviertel – die Nordstadt in Hannover, in: SOWI 16 (1987), S. 118-124.

Bewegung innerhalb des intern scharf gegliederten „Kleine-Leute-Viertels“ der Nordstadt sowohl in der zeitlichen Abfolge der sozialräumlichen Expansion als auch bei den Wahlergebnissen eine Mittelstellung zwischen dem stabilen sozialistischen Quartiersmilieu Lindens und den frühen Nazihochburgen in der östlichen Stadthälfte einnimmt.

Wiederum einen anderen Fall stellen die hannoversche Altstadt und die ähnlich strukturierte Calenberger Neustadt dar. Es handelt sich um eine klassische Transitionszone, die als Pendant zur sich modernisierenden City bereits seit Mitte des 19. Jahrhunderts einen Verelendungsprozeß durchlief.¹⁵ Der historische Stadtkern mit seinen pittoresken Fachwerkhäusern und engen Gassen stellte mittlerweile nicht nur den ältesten sondern auch den mit Abstand schlechtesten Wohnbereich der Stadt dar. Er hatte sich „zum ärmsten Kaschemmen- und Verbrecherviertel“¹⁶ entwickelt. Innerhalb des Viertels waren gewisse interne Differenzierungen zwar vorhanden, aber diese waren bei weitem weniger ausgeprägt als in der Nordstadt. Als traditionelle „Milieupartei“ dieses Quartiers hatte die SPD in der Anfangsphase der Republik noch eine überaus dominante Position innegehabt und diese in den zwanziger und frühen dreißiger Jahren durch massive Stimmenverluste sowohl nach rechts als auch nach links eingebüßt. Hervorstechend wurde für dieses Elendsviertel ein durchgängiger Trend zur politischen Radikalisierung, wobei von dieser Entwicklung in einigen Stimmbezirken stärker die KPD, in anderen vor allem die NSDAP profitierte. Etwa seit Sommer 1931 verfügten die Nationalsozialisten auch in der hannoverschen Altstadt über ein SA-Sturmlokal, seit 1932 über ein zweites in der Calenberger Neustadt. Beide dienten nach dem aus Berlin bekannten Muster als Operationsbasis für die seither fortlaufend provozierten Straßenkämpfe. Charakteristisch ist ebenfalls, daß die Nationalsozialisten in diesem zentral gelegenen Unterschichtenquartier ihren Aufstieg recht erfolgreich als vermeintliche Ordnungspartei inszenierten. Die SA prügelte den Straßenkampf herbei, dessen Pazifizierung die sich in Hannover bewußt honorig und korrekt gebende NSDAP dann den verschreckten bürgerlichen Wählern nicht ohne Resonanz versprechen konnte. Ergibt sich bereits aus der hier nur verkürzt referierten Analyse zu unterschiedlichen Wohnvierteln, daß die sozialräumliche Ausbreitung der NS-Bewegung in Hannover mit den hier skizzierten Strukturunterschieden in einem systematischen Zusammenhang steht, so bestätigt sich dieser Befund eindrucksvoll auch in der lokalen Organisationsgeschichte der Partei.

15 Vgl. R. Birkefeld/M. Jung, Im Schatten der Glaspaläste – City-Bildung und Altstadt-Verfall, in: S. Auffarth/A. v. Saldern (Hrsg.), Altes und neues Wohnen. Linden und Hannover im frühen 20. Jahrhundert, Seelze/Velber 1992, S. 17-32.

16 T. Lessing, Haarmann. Die Geschichte eines Werwolfs und andere Gerichtsreportagen, Frankfurt a. M. 1989, S. 54.

3.4. Der Aufstieg der lokalen NSDAP als Prozeß der sozialräumlichen Expansion aus den frühen bürgerlichen Hochburgen hinein in die Arbeiterviertel

Als erste Ortsgruppe in Norddeutschland war die hannoversche NSDAP bereits 1921 ins Leben gerufen worden, fristete aber zunächst in den Klubbzimmern von Bierlokalen eine bescheidene Existenz als völkische Splitterpartei mit nur punktuellen Wahlerfolgen. Nach der Verbotszeit wurde auf Betreiben Hitlers an diese frühen Wurzeln nicht mehr angeknüpft, sondern erfolgreich die Integration der in Hannover relativ starken deutschvölkischen Subkultur betrieben, aus der auch der spätere Gauleiter Rust und andere führende Nationalsozialisten im Gau Südhannover-Braunschweig stammten. Während sich in einigen ländlichen Gebieten des Gaues in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre spürbare Organisationserfolge einstellten, dümpelte die NS-Bewegung in Hannover quantitativ wie qualitativ auf geringem Niveau vor sich hin. Bis 1928 kam man mit nur 300 eingeschriebenen Mitgliedern über das schon vor der Verbotszeit erreichte Niveau nicht hinaus, die SA zählte nur 60 Aktive und war damit in diesen Jahren nicht nur dem Reichsbanner, sondern auch den im sozialdemokratisch dominierten Hannover zahlenmäßig nur schwachen kommunistischen Wehrverbänden in keiner Weise gewachsen.

Einen entscheidenden Einschnitt in der lokalen Parteientwicklung markierten die Jahre 1929/30. Die hannoversche NSDAP professionalisierte sich durch die Gründung einer funktionsfähigen Geschäftsstelle und die Berufung des damals 28jährigen Propagandaspezialisten Leopold Gutterer als Kreisleiter. Dieser widmete sich mit viel Elan dem Ausbau der Ortsgruppen und betrieb durch die Einrichtung von Wohlfahrtsküchen und Sturmlokalen zunächst sehr erfolgreich die Expansion der SA, die innerhalb von zwei Jahren auf 900 Mann anwuchs und damit seit 1931 in der Lage war, die ihr zugeordnete Funktion als Bürgerkriegstruppe im Kampf um die Straße auch in Hannover wahrzunehmen. Die Früchte der jahrelangen Agitation und des seit 1929 gezielten Aufbaues einer schlagkräftigen Kaderpartei stellten sich vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise dann wie fast überall in Gestalt von exorbitanten Stimmenzuwächsen ein.

Fragt man nach den ersten Verkehrslokalen der NSDAP und den frühen Versammlungsorten der SA, nach dem Entwicklungsstand der jeweiligen Ortsgruppen und ihrer Partearbeit, so tritt die signifikante Stoßrichtung der NSDAP aus den bürgerlichen Quartieren in die Arbeiterviertel ganz deutlich hervor. Bis 1930 war die NSDAP ein Phänomen, das – ganz grob konturiert – nur in der östlichen Stadthälfte sowie einem Teil des Stadtzentrums in Erscheinung trat. Ausgehend von ihrer zunächst also ganz eindeutig „bürgerlichen“ Operationsbasis trugen die Nationalsozialisten in den frühen dreißiger Jahren durch die SA den gewaltsamen Straßenkampf in sozial gemischte Wohnviertel sowie in nicht sehr homogene und daher

auch politisch instabile Arbeiterwohnquartiere. Hinzu kamen bisweilen gezielte und im Hinblick auf Wirkung und Risiko wohl kalkulierte Vorstöße in solche „roten“ Kieze, die, wie etwa die Wohnblöcke der Kleefelder Baugenossenschaft, als isolierte Enklaven besonders exponiert in einem bürgerlich-national dominierten Umfeld lagen. Konzentrierte Angriffe auf die geschlossen sozialistisch dominierten Quartiersmilieus in Linden, Ricklingen, Hainholz, Stöcken wurden dagegen erst seit Beginn des Jahres 1933 vorgetragen. Die von den Nationalsozialisten intendierte völlige Zerschlagung der sozialistischen Milieubindungen gestaltete sich schließlich als ein langwieriger Prozeß, der sich über Jahre hinzog und mit Instrumenten wie Razzien und gezielter politischer Verfolgung, aber auch mit den Mitteln symbolischer Politik (z.B. Aufmärsche und nationalsozialistische Feiern) verfolgt wurde. In den Jahren der NS-Diktatur wurden die gewachsenen Milieus tatsächlich in erheblichem Maße zerstört bzw. durch fortschreitende Erosion immer weiter ausgehöhlt. Dennoch blieben, etwa in bestimmten Vereinen oder durch informelle Kontaktkreise, in einigen Quartieren auch über die Nachbarschaftsbeziehungen, partiell intakte Milieukerne erhalten.

3.5. Unterschiedliche Entwicklungen in den deutschen Großstädten – eine notwendige Differenzierung

Gegenüber den am Fallbeispiel Hannover exemplarisch betrachteten günstigen Entfaltungsmöglichkeiten der NS-Bewegung in einer protestantisch geprägten Großstadt sind abweichende Entwicklungen für die Sonderfälle München und Berlin sowie eine völlig andere Ausgangslage in katholischen Großstädten herauszustellen.

An ihrem Ursprungsort München konnte die Hitlerbewegung in den frühen Jahren der Republik in geschickter Weise die außerordentlich großen Handlungsspielräume für die radikale Rechte nutzen und die in der bayerischen Metropole breit entfaltete völkisch-nationalistische Subkultur als Operationsbasis für ihren Aufstieg zur führenden Milieupartei des nationalen Lagers vereinnahmen. Vor dem Hintergrund einer durch die Erfahrungen von Revolution und Räterepublik politisch extrem polarisierten lokalen Sondersituation, in der die Zentrumsparterie fest in einen dominanten rechtsbürgerlichen Block eingebunden blieb, inszenierte die NSDAP ihre Expansion im proletarischen Münchener Osten (Giesing, Haidhausen, Au) als gewalttätige Profilierung in einem politisch destabilisierten Unterschichtenmilieu. Angesichts der in den frühen zwanziger Jahren atemberaubenden Erfolge der NSDAP ist aber zu betonen, daß die Hitlerpartei seit 1925 ironischerweise gerade in der späteren „Hauptstadt der Bewegung“ ihre zuvor herausragende Dynamik einbüßte, das strukturelle Problem des Katholizismus als einer „konservativen Barriere“ gegen den Nationalsozialismus auf lokaler Ebene keineswegs lösen konnte und zeitweilig sogar

gegenüber den nun entschieden und offensiv auftretenden sozialdemokratischen und kommunistischen Wehrorganisationen in die Defensive geriet. Insgesamt erweist sich damit die von Hellmuth Auerbach geprägte Formel als durchaus evident: „1923 wollte Hitler von München aus Berlin erobern, 1933 aber hat er von Berlin aus München erobert.“¹⁷

An Berlin, das in den Weimarer Jahren wie keine andere deutsche Großstadt zum Fokus der gesellschaftlichen Kontroversen wurde, schieden sich in vielfacher Hinsicht und auf unterschiedlichen Ebenen die Geister. Als plakative Stichworte seien nur genannt: konservativer Kulturpessimismus gegen avantgardistische Moderne, Föderalismus versus Zentralismus, Provinz gegen Metropole, nationale Emotionen gegen das „rote“ Preußen. Mit der Verlegung seines Aktivitätszentrums von München nach Berlin antizipierte Hitler zutreffend, daß der politische Kampf um die Macht in Deutschland in hohem Maße in Berlin entschieden werden würde. Zwar besaß die deutsche Reichshauptstadt im nationalen Rahmen keine ähnlich dominante Position wie etwa Wien, Paris und London, aber gleichwohl wurde Berlin von der Linken wie der Rechten zum Zentrum des symbolischen und publizistischen Machtkampfes stilisiert und folgerichtig in der Endphase der Republik auch faktisch zum Brennpunkt des gewalttätigen Straßenkampfes gemacht. Unter der Führung ihres ebenso umsichtig wie skrupellos agierenden Gauleiters Goebbels ist es den Nationalsozialisten in Berlin gelungen, partiell erfolgreiche Kampfstrategien im Hinblick auf zwei für sie problematische Strukturdimensionen (nämlich die Arbeiterschaft und das soziale Gelände der Großstadt) zu entwickeln und zu erproben. Die drei wichtigsten Voraussetzungen hierfür waren erstens die von Goebbels betriebene Konzentration der zunächst knappen finanziellen Mittel und personellen Kräfte auf symbolische und öffentlichkeitswirksame Aktionen sowie deren virtuose propagandistische Verwertung, zweitens die auf Muchow zurückgehende Adaption des kommunistischen Zellenprinzips für Wohngebiete und Betriebe, mit deren Hilfe sich die NSDAP vom schwerfälligen völkischen Honoratiorenverein in eine schlagkräftige und funktionsfähige Kaderpartei wandelte, und drittens die ernsthaften und daher punktuell auch erfolgreichen Bemühungen um einen glaubwürdigen Arbeiterdiskurs. Am Fallbeispiel Neukölln zeigt sich, daß für den von Goebbels immer wieder beschworenen „Kampf um Berlin“ die soziostrukturellen Voraussetzungen im eben nur vermeintlich so „roten“ Berlin de facto wesentlich günstiger waren als in den vielfach in sozialer Hinsicht homogeneren und damit häufig auch politisch stabileren Arbeiterquartieren anderer deutscher Großstädte.

17 H. Auerbach, Vom Trommler zum Führer. Hitler und das nationale Münchener Bürgertum, in: B. Mensing/F. Prinz (Hrsg.), Irrlicht im leuchtenden München? Der Nationalsozialismus in der „Hauptstadt der Bewegung“, Regensburg 1991, S. 89.

Eine wesentlich problematischere Ausgangslage als im oben ausführlich diskutierten Fallbeispiel Hannover ergab sich für die Nationalsozialisten in Städten mit einer katholischen Bevölkerungsmehrheit bzw. einer starken katholischen Minderheit. Wie sich an den Beispielen Düsseldorf und Essen nachvollziehen läßt, gestaltete sich die Auseinandersetzung mit zwei etablierten politischen Lagern und Milieus, die auch ideologisch unterschiedliche Positionen besetzen, zumindest bis zur Machtübernahme wesentlich schwieriger als die relativ klare bipolare Frontstellung zwischen der sozialistischen Arbeiterbewegung und dem von der NSDAP in den meisten protestantischen Großstädten seit 1930 eindeutig dominierten „nationalen“ Lager. Übrigens hat die NSDAP für dieses Problem auch keine verbindliche Strategie entwickelt: In Düsseldorf suchte sie vor allem Anschluß an das Wirtschaftsbürgertum und gab sich rechtsbürgerlich-konservativ, in Essen und Duisburg trat sie dagegen bewußt proletarisch auf.

Fazit

Insgesamt dürfen die skizzierten partiellen Erfolge der Nationalsozialisten in der Arbeiterschaft und im sozialen Gelände der Großstadt in ihrer strategischen Bedeutung nicht unterschätzt werden. Der begrenzte Einbruch – wahlsoziologisch gesprochen: in die traditionellen sozialistischen und katholischen Sozialmilieus; aus sozialräumlicher Perspektive: das Fußfassen in großstädtischen Arbeitervierteln – ermöglichte es der NSDAP, sich nicht nur als dominante Kraft des nationalen Lagers zu profilieren, sondern sich darüber hinaus auch zu einer negativen „Volkspartei des Protestes“¹⁸ bzw. zu einer überaus erfolgreichen „absolutistischen Integrationspartei“¹⁹ zu entwickeln und damit im Ergebnis zur stärksten Wähler- und zur zweitstärksten Mitgliedertpartei der späten Weimarer Jahre aufzusteigen und schließlich die Macht zu erringen.

18 Zu dieser Charakterisierung: J. W. Falter, *Hitlers Wähler*, München 1991.
19 S. Neumann, *Die Parteien der Weimarer Republik*, Stuttgart u.a. 1986.